



TÄTIGKEITSBERICHT 2022

Inhaltsverzeichnis

Die Stiftung auf einen Blick.....	3
Unsere Vision	3
Wofür wir uns einsetzen	3
Unsere Mission	4
Unsere Werte.....	4
Wie wir arbeiten	5
Wo wir arbeiten	5
2022 – Ukrainekrieg, Zeitenwende und Kontinuitäten	6
Die Amadeu Antonio Stiftung 2022 in Zahlen.....	7
Entwicklung, Förderung und Unterstützung 2022	8
Projekte und Initiativen	8
Opferfonds CURA, SHEROES Fund, Berliner Soforthilfefonds	9
Operative Arbeit 2022	11
Antisemitismus und Rassismus.....	11
Rechtsextremismus und Antifeminismus	13
Digitale Zivilgesellschaft.....	15
Wissenschaft-Praxis-Transfer 2022	17
Transparenz: Unsere Community und Spenden im Jahr 2022	19

Die Stiftung auf einen Blick

Unsere Vision

Die Gleichwertigkeit aller Menschen wird ständig missachtet: Menschen werden diskriminiert und abgewertet, beschimpft, misshandelt oder im schlimmsten Fall ermordet, weil sie als ungleichwertig angesehen werden. Gewalttäter*innen fühlen sich dabei oft geschützt und bestätigt, weil ein Teil der Bevölkerung schweigt, wegschaut oder diese Gewalt duldet – ob in Wort oder Tat.

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, diesem Missstand entgegenzuwirken. Die Arbeit der Stiftung fußt auf dem Grundgesetz, das in Artikel 3 alle Menschen vor dem Gesetz gleichstellt, und richtet sich darauf, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet.

Wofür wir uns einsetzen

Wie mit Minderheiten umgegangen wird und ob die Menschenrechte gewahrt werden, ist ein Gradmesser der Demokratie. Eine demokratische Kultur lebt von entsprechendem Handeln: Menschen, die Courage zeigen und sich für andere stark machen; Initiativen, die sich für ein lebendiges Miteinander einsetzen und die Gesellschaft im Kleinen gestalten, um Großes zu verändern. Demokratisch handeln können Einzelpersonen, Initiativen, Vereine, Bürgerstiftungen oder andere Gruppen und Formen der organisierten Zivilgesellschaft. Dies aktiv zu unterstützen sehen wir als unseren Auftrag an.

Unser Ziel war und ist es dabei immer, möglichst viele Teile der Gesellschaft in die Ausformung der Rechte von Individuen einzubeziehen. In der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie gibt es auch weiterhin Minderheiten, die nach der Ausgestaltung ihrer Rechte verlangen oder deren Rechte eingeschränkt werden. Die wachsende Gleichstellung und Partizipation der jeweiligen Gruppen muss daher das Ziel einer Demokratie sein. In einer demokratischen Gesellschaft, in der immer mehr Menschengruppen die Ausformung ihrer Rechte erreichen, können sich auch immer mehr Menschen engagieren.

Unsere Mission

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt Initiativen und Projekte, die sich vor Ort für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz vor rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung eintreten. Die Stiftung fördert unkompliziert und verteilt das Geld gezielt dort, wo es am dringendsten benötigt wird.

Darüber hinaus unterstützt die Stiftung seit 2004 Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt schnell und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln.

Zusätzlich konzentriert sich die Stiftung in operativen Projekten auf Analysen menschenverachtender Phänomene und die Entwicklung praktischer Empfehlungen und Methoden im Umgang damit. Ergänzend hierzu wird der Wissenschafts-Praxis-Transfer zu diesen Themen durch das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft vorangetrieben.

Die Stiftung reagiert stets auf aktuelle Entwicklungen und wird dort tätig, wo sonst niemand hinschaut. Mit ihrem operativen Handeln leistet die Stiftung oft Pionierarbeit und setzt Themen dauerhaft auf die Tagesordnung.

Unsere Werte

Wir schützen und unterstützen vorbehaltlos alle Menschen, die von Demokratie- und Menschenfeinden angegriffen werden. Niemand darf mit Anfeindungen und Diskriminierung allein gelassen werden, deshalb stehen wir stets an der Seite der Betroffenen. Die Perspektive von Minderheiten und die Gleichwertigkeit aller Menschen sind der Maßstab unseres Handelns.

Gesellschaftlicher Wandel kann nur durch Konflikte und Aushandlung stattfinden. Themen und Herausforderungen gehen wir immer zusammen mit Betroffenen und Engagierten vor Ort an.

Wie wir arbeiten

Die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung konzentriert sich auf fünf zentrale Handlungsfelder:



Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit rückt die Stiftung die Bedarfe der demokratischen Zivilgesellschaft sowie die Perspektiven der Betroffenen von rechter Gewalt in den Fokus und warnt kontinuierlich vor Demokratiefeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit.

Wo wir arbeiten

Die Amadeu Antonio Stiftung hat vier Niederlassungen in Berlin, Hannover, Jena und Leipzig. Unsere Initiativenförderung und Betroffenenunterstützung sowie die operativen Projekte der Stiftung erstrecken sich jedoch auf das gesamte Bundesgebiet und den digitalen Raum.

2022 – Ukrainekrieg, Zeitenwende und Kontinuitäten

Die Ereignisse des Jahres 2022 haben das gesellschaftliche Gefühl einer „Dauerkrise“ verstärkt. Noch in den Endzügen der Pandemie wurde die Ukraine in einem blutigen Krieg angegriffen, der Europa und seine westlichen Partner weit mehr erschütterte als die Kriege auf dem Balkan Ende des letzten Jahrtausends. In seinem Gefolge stehen wir vor immensen Fluchtbewegungen aus dem Osten, während die aus dem globalen Süden unvermindert anhalten, vor einer Energiekrise, internationalen Verwerfungen und einer rasanten Inflation. Die von der Politik angekündigte Zeitenwende adressierte nur einige der Herausforderungen. Es bleibt an der Zivilgesellschaft, den Finger in die anderen offenen Wunden und die Kontinuitäten von Problemlagen zu legen.

Eine davon zeigte sich inmitten der großen Solidarität mit Geflüchteten aus der Ukraine. BiPOC, Schwarze Bürger*innen und Student*innen aus den Metropolen des Landes erlebten auf der Flucht offenen Rassismus, der sie von der allgemeinen Unterstützung ausschloss. An vielen Orten setzte sich diese Diskriminierung auch nach dem Ankommen in Deutschland aus.

Im Gefolge des Krieges blühten auch Verschwörungserzählungen, Ost-West-Debatten und entsprechende Abwertungen wieder auf. Rechtspopulist*innen konnten hier sehr erfolgreich andocken, indem sie mit Desinformation und Skandalisierungen die gesellschaftliche Spaltung vertieften. Fast nahtlos wandten sich Protestbewegungen nach der Pandemie den Themen Russland, Krieg und Pazifismus zu. Diese Debatten trugen weniger zur Multiperspektivität bei als zu einer weiteren Vertiefung des Misstrauens gegenüber Politik, Medien, demokratisch Engagierten und den sie vermeintlich steuernden Kräften.

Nicht überraschend wuchsen in diesem Kontext insbesondere auch Antisemitismus und Antifeminismus – z.B. mit Bezug auf Politikerinnen, die im Vergleich zu ihren Kollegen oft an doppelten Standards gemessen werden, aber ebenso in anderen Gesellschaftsbereichen. Gegen die Sexualstrafrechtsreform und das geplante Selbstbestimmungsgesetz schlugen antifeministische Bestrebungen und organisierter Hass Wellen. Die Stiftung reagierte darauf mit spezifischen Angeboten – und bekam dabei die virulente Feindlichkeit selbst zu spüren. Das neue Projekt zum Monitoring von Antifeminismus wurde nach seinem Start mit einer enormen Diffamierungskampagne überzogen. Auch die Arbeit gegen Antisemitismus sieht sich immer breiter vorgebrachten Rassismusvorwürfen gegenüber. Hier setzte die Stiftung mit Fachpublikationen und niedrigschwelligen Handreichungen zur Unterscheidung zwischen antisemitischer Israelfeindschaft und notwendiger Kritik an der israelischen Regierungspolitik wichtige Akzente.

Die Amadeu Antonio Stiftung 2022 in Zahlen

2022 unterstützte die Stiftung fast anderthalb Mal so viele von rechter Gewalt Betroffene und Bedrohte wie im Vorjahr – ein Zeichen der angespannten Situation wie aber zugleich der zivilgesellschaftlichen Solidarität. Auch die operativen Bereiche der Stiftung sind gewachsen.

- » Jahresbudget: 8.239.654 € (vorläufiger Stand vor Jahresabschluss im September 2023)
- » Mitarbeiter*innen: 142 (davon viele Teilzeitstellen)
- » Standorte: 4
- » Geförderte Initiativen & Projekte: 119 (davon 10 im Rahmen der OSF-Förderinitiative „Engagierte stärken! Ostdeutschland für demokratische Kultur“)
- » Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt: 271 Fälle mit teils mehreren betroffenen Personen (CURA: 87 Fälle; Betroffene des Anschlags in Hanau: 22; SHEROES Fund: 14; Soforthilfefonds Berlin: 148 Fälle)
- » Operative Projekte insgesamt: 48 (davon 13 Forschungsprojekte beim IDZ)
- » Mehr als 35 durchgeführte Workshops und Veranstaltungen

Die **Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit** bringt zivilgesellschaftliche Fragen und Positionen in den öffentlichen Diskurs, macht die Arbeit demokratischer Initiativen bundesweit bekannt und trägt die Stiftungsexpertise in die Breite. Dabei setzt sie auch unliebsame Themen und rückt grundsätzlich die Bedarfe und Perspektiven der engagierten Zivilgesellschaft sowie der Betroffenen von Diskriminierung und rechter Gewalt ins Zentrum. Die hohe Resonanz, die wachsende Anzahl von Erwähnungen und Presseanfragen und die wachsenden Reichweiten der Social Media-Kanäle zeigen, wie wichtig die Impulse der Stiftung sind. Durch eine neue Kooperation gelang es, zugleich die Präsenz in den Printmedien zu steigern: Neben der *taz* erscheint seit 2022 die Stiftungszeitschrift ERMUTIGEN halbjährlich auch als Beilage im *Freitag*.

- » Erwähnungen der Stiftung in Medienberichten: 682
- » Veröffentlichte Publikationen: 27
- » Auflage der Stiftungszeitschrift ERMUTIGEN: 73.0000
- » Newsletter-Abonent*innen: 7.250
- » Follower*innen auf Facebook: 41.500
- » Follower*innen auf Instagram: 59.900
- » Follower*innen auf TikTok: 1.900
- » Follower*innen auf LinkedIn: 2.700
- » Follower auf Twitter: 64.000
- » Aufrufe der Website pro Monat, durchschnittlich: 147.000

Entwicklung, Förderung und Unterstützung 2022

Projekte und Initiativen

Die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Initiativen in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus ist eine der Hauptaufgaben der Amadeu Antonio Stiftung. Die Stiftung unterstützt Engagierte bundesweit sowohl inhaltlich als auch finanziell. Gefördert werden Projekte für den Schutz von Minderheiten, die Umsetzung der Menschenrechte und für eine pluralistische Gesellschaft vor allem auch im ländlichen Bereich oder dort, wo es Lücken staatlichen Handelns gibt.

2022 konnte die Stiftung neben 74 aus eigenen (Spenden-)Mitteln unterstützten Initiativen mit den Open Society Foundations in der gemeinsamen Förderinitiative „Engagierte stärken! Ostdeutschland für demokratische Kultur“ weitere 8 sowie in Kooperation mit der Doris-Wuppermann-Stiftung zusätzliche 11 Projekte fördern. Zwei Beispiele für die besonderen Lagen 2022, in denen die Stiftung wichtige Initiativen unterstützen konnte:

Unterstützung von **BiPoC aus der Ukraine**: Das Schicksal der Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten, hat in Deutschland zu einer großen Welle der Solidarität geführt. Doch die Hilfsbereitschaft galt nicht immer gleichermaßen für alle Geflüchteten. Das Projekt „Bienvenida“ des „Peace by Peace“ (PxP Embassy) e.V. unterstützt BiPoC-Geflüchtete bei der Suche nach einer sicheren Unterkunft, betreut und berät in Rechts- und Studienfragen. Außerdem übt die Initiative Druck auf die Politik aus, damit BiPOC dieselben Aufenthaltsrechte eingeräumt werden wie Geflüchteten ukrainischer Staatsangehörigkeit.

Das „Fest der Vielen“ in Duisburg: Ärmere und migrantisierte Menschen, v.a. auch **Sinti*zze und Romn*ja**, werden in Duisburg-Hochfeld zunehmend verdrängt, zwangsgeräumt und diskriminiert. In einem dreitägigen Programm unter dem Motto „Umkämpftes Stadtquartier, geteilte Geschichten“ war die Stadtgesellschaft eingeladen, kritisch und solidarisch über soziale Gerechtigkeit, kulturelle Teilhabe und Rassismus ins Gespräch zu kommen.

Auf die Zielgerade kam 2022 das jahrelange Engagement der Stiftung und ihrer Partner für ein **Demokratiefördergesetz**. Die Auseinandersetzung mit Demokratiefeindlichkeit, der Schutz zivilgesellschaftlichen Engagements und der Aufbau einer Demokratieinfrastruktur bedürfen neben dem Einsatz von NGOs und privaten Spenden(-Organisationen) dringend einer politischen und rechtlichen Grundlegung. Die Existenz eines Gesetzesentwurfs und die breite öffentliche Diskussion darüber zum Berichtszeitpunkt sind bereits ein großer Erfolg für die Sicherung einer dauerhaften Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Opferfonds CURA, SHEROES Fund, Berliner Soforthilfefonds

Mit dem Opferfonds CURA unterstützt die Stiftung seit 2004 Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt schnell und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln. CURA schafft öffentliche Aufmerksamkeit für die Perspektiven von Betroffenen. Mit der Liste von Todesopfern rechter Gewalt liefert die Amadeu Antonio Stiftung eine häufig zitierte Quelle für die öffentliche Diskussion über das Ausmaß rechtsextremer Gewalt.

2022 erreichten uns deutlich mehr Anträge auf finanzielle Unterstützung als jemals zuvor im gleichen Zeitraum. Dies mag Resultat und Erfolg einer verstärkten Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit von CURA in den letzten Jahren sein. Es deutet aber zugleich auf eine neuerliche Verschärfung der Situation für Betroffene durch den – infolge des Ukrainekriegs und anhaltender Flucht Tausender über das Mittelmeer – wieder aufgeflamnten Diskurs (unter dem feindseligen Slogan „2015 darf sich nicht wiederholen“) hin.

Deshalb und insbesondere durch den aktuellen **Schwerpunkt „30 Jahre Baseballschläger-Jahre“** hat die Stiftung 2022 die Förderung von Betroffenen und Überlebenden zu einer ihrer Prioritäten gemacht. Dazu gehört die Förderung des „Tekiez“, eines Veranstaltungsraums, der aus dem früheren „Kiez-Döner“ entstand, dem zweiten Anschlagort nach dem rechtsterroristischen Angriff auf die Synagoge in Halle 2019, sowie die direkte Unterstützung eines Überlebenden des Anschlags. Für die Vernetzung und den Austausch der Überlebenden aus der Synagoge fördert die Stiftung das Festival of Resilienz und den Verein Hillel e.V. Zudem unterstützte die Stiftung auch 2022 wieder viele Angehörige und Überlebende des Anschlags von Hanau.

Eine wichtige Aufgabe von CURA und der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung sind Aufklärung und die **Anerkennung von Opfern rechter Gewalt als Betroffene politisch motivierter Kriminalität** sowie die Stärkung der Gedenkkultur. Hier setzte die Stiftung 2022 zwei wichtige Zeichen. Zum einen konnte sie die Aufarbeitung von Todesopfer-Altfällen in NRW mit erwirken: Ende Mai 2022 schrieb die Amadeu Antonio Stiftung eine E-Mail an die Pressestelle des LKA und bat darum mitzuteilen, ob der Dreifachmord von Overath aus dem Jahr 2003 offiziell als rechts-motiviert anerkannt wird. Denn davon hatte 2019 der damalige LKA-Chef gegenüber dem Tagesspiegel gesprochen. Nur wenige Tage später, Anfang Juni, wies NRW-Innenminister Herbert Reul an, den Dreifachmord von Overath als rechts-motiviertes Tötungsdelikt nachmelden zu lassen. Außerdem werden aktuell weitere 25 ältere Fälle mit 30 Todesopfern auf einen rechten Hintergrund geprüft. Anknüpfend an die Tagung vom November 2021 mit Betroffenen des „NSU“, von Halle und Hanau veröffentlichte die Amadeu Antonio Stiftung 2022 zum anderen den Podcast „10 Jahre Selbstenttarnung NSU – Sicherheitskräfte und rechte Gewalt“ zum Umgang von Ermittlungsbehörden und Justiz mit rechter Gewalt.

Parallel erfuhr in Berlin die Kampagne „**Aktion Noteingang**“ 2022 einen Neustart. Viele Betroffene berichten, dass die fehlende Reaktion und Hilfe von Umstehenden eine der schlimmsten Erfahrungen an einem Vorfall von Hassgewalt ist. Im Rahmen der Kampagne kennzeichnen sich Läden, Geschäfte und andere Einrichtungen als „Noteingänge“ und zeigen so: Wir bieten Schutz bei Gewalt und Ausgrenzung. 2022 wurden, finanziert von der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS), ein berlinweites Netzwerk aufgebaut, ein Materialpaket erstellt und ein Workshop-Angebot für Kampagnenteilnehmende etabliert, um die Kampagne bezirksübergreifend in der Stadt zu verankern.

Als ein wertvolles Instrument der Unterstützung von Einzelpersonen, die aufgrund ihres Engagements einer besonderen Bedrohungslage ausgesetzt sind, erweist sich weiterhin der „**SHEROES Fund**“. Auch der Soforthilfefonds „**Berlin gegen Hassgewalt – Soforthilfefonds für Betroffene**“ (finanziert von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt) ist eine wichtige und zunehmend gefragte Möglichkeit niedrigschwelliger Hilfe bei rechtsextremer Bedrohung. Die Stiftung berät hierüber Betroffene und unterstützt Sofortmaßnahmen mit einer Einzelfallförderung von bis zu 1.000 Euro. 2022 waren wie im Vorjahr die meisten dabei besprochenen Vorfälle rassistisch oder LSBTI*-feindlich motiviert. Sexistische und misogynen Gewaltfälle häufen sich allerdings ebenfalls und nehmen zu.

Während der Berliner Soforthilfefonds seit Sommer 2021 und auch im Berichtsjahr von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt gefördert wird, leben der Opferfonds CURA und der SHEROES Fund ebenso wie die Projektförderung und die gesamte Arbeit der Stiftung vom Engagement und der Unterstützung durch ihre **Spender*innen**.

Operative Arbeit 2022

Antisemitismus und Rassismus

Der Kampf gegen Rassismus und der gegen Antisemitismus gehören für die Amadeu Antonio Stiftung untrennbar zusammen. Jedoch treffen auch die Stiftung die Friktionen und Anwürfe verschiedener Akteure, dass im Rahmen des Engagements gegen Antisemitismus Rassismus reproduziert werde bzw. manche antirassistischen Bewegungen antisemitische Ressentiments bedienen. Dieser Herausforderung begegnet die Stiftung auf verschiedenen Ebenen. Klare Haltung zu bewahren, über Rassismus zu berichten und antirassistische Projekte zu fördern, ist hier die Leitlinie. Eine wichtige Rolle spielen dabei die **ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit**, die mit Berliner Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und mit Jugendamtsverantwortlichen kooperiert, die **IDZ-Forschungsprojekte** zu Rassismus und die Informationsarbeit von **Belltower.News**. Die Praxisstelle ju:an wurde 2022 von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) gefördert.

Ende 2022 veröffentlichte die Stiftung zusammen mit Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern eine Studie zu Rassismus v.a. gegen Frauen im ländlichen Raum. Ein weiteres Anliegen ist es, die Perspektiven von Verbündeten sichtbar zu machen und Themen anzusprechen, die bisher unangetastet blieben, wie etwa bei einer Konferenz zu mafiöser Organisierte Kriminalität und Rassismus im Mai 2022.

Antisemitismus zeigte sich 2022 v.a. auf den Ebenen der Kunst, Wissenschaft, Clubkultur, Politik und bei Teilen der engagierten (vermeintlich verbündeten) Zivilgesellschaft. In genau diesen Feldern galt es dementsprechend zu intervenieren und zu sensibilisieren. Die **Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus** ermöglichten im Herbst ein vielseitiges Programm bundesweit und publizierten 2022 zahlreiche Handreichungen, wie die Broschüre „Antisemitismus einfach erklärt“, ein Faltblatt „Israelbezogener Antisemitismus“, zwei digitale Lagebilder, eine multimediale Website sowie Materialien für Lehrkräfte, die helfen, Antisemitismus zu erkennen, und Hilfestellung bei dessen Bekämpfung geben. Finanziert werden die Aktionswochen vom Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein. Die **Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus** runden seit 2019 die bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus mit präventiv-pädagogischer Arbeit im Berliner Raum ab. Im Mittelpunkt jeder Maßnahme steht die jüdische Perspektive auf akute und „chronische“ Problemstellungen im Zusammenleben in Berlin. Der inhaltliche Fokus liegt auf der präventiven Bearbeitung des israelbezogenen Antisemitismus und Israel Education. Das

Projekt wird gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen von "Demokratie.Vielfalt.Respekt", dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dem **Forum für Demokratie und zeitgenössische Kunst (DCCA)** gelang es, als erstes Projekt einer NGO eine Ausstellung konzipieren zu dürfen: die im Sommer 2022 in der Kunsthalle Osnabrück eröffnete „Walhalla to Birkenau“ mit diskursivem Begleitprogramm. Der offen artikulierten Antisemitismus auf der Kunstaussstellung *documenta fifteen* und der skandalöse Umgang damit standen allerdings 2022 im Zentrum der Arbeit des Forums. Dem ganz praktischen Monitoring und Umgang mit dem Problem widmen sich die Projekte **RIAS Niedersachsen** und **RIAS Thüringen**, die antisemitische Vorfälle dokumentieren und wissenschaftlich auswerten. 2022 wurde der erste Jahresbericht veröffentlicht: Er zeigt, dass mit 131 dokumentierten Vorfällen im Vorjahr 2021 Antisemitismus auch in Niedersachsen Anschluss in alltäglichen Debatten findet und den Alltag von Jüdinnen*Juden prägt. Gefördert wird RIAS Niedersachsen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte, das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ), das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte, den Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR), die Landeshauptstadt Hannover und das Niedersächsische Justizministerium. RIAS Thüringen wird von der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen gefördert.

Rechtsextremismus und Antifeminismus

Die Arbeit im Bereich Rechtsextremismus, Verschwörungsideologien und Antifeminismus wurde 2022 insbesondere durch zwei große Themen bestimmt. Mit einem Monitoring zur **Kommunikation über den Krieg gegen die Ukraine** in russischsprachigen Sozial Media-Chats und -Gruppen bot die Stiftung Analysen und Einordnung zu dort verhandelten Themen und Narrativen. Mit einem Paper zu Antislawismus und einem Analysepapier trugen das IDZ bzw. das Projekt de:hate zum Materialportfolio in diesem Themenkomplex bei. Begleitet wurden diese wissenschaftlichen Publikationen durch niedrigschwelligere Flyer auf Russisch und Deutsch sowie durch Videos auf TikTok, Insta-Reels und YouTube-Shorts mit Aufklärung und Handlungsempfehlungen.

Enorme Resonanz erfuhr die Einrichtung des Projekts „**Meldestelle Antifeminismus**“ bei der **Fachstelle Gender, GFM und Rechtsextremismus**. Antifeminismus ist heute ein zentraler Baustein rechtsextremer Ideologie. Aber auch unabhängig vom Rechtsextremismus entfalten Antifeminismus und misogyner Frauenhass eine gewaltvolle Dynamik, die in ihrer radikalen Form zu einem menschenverachtenden Weltbild und entsprechenden Taten führen können. Die rechtsextremen Anschläge der letzten Jahre zeigen exemplarisch diese wechselseitigen Bezugspunkte: Antifeminismus und Frauenhass sind verbindende ideologische Elemente rechtsterroristischer Gewalttäter. Deshalb hat die Amadeu Antonio Stiftung hier einen dauerhaften Schwerpunkt gesetzt. Mit dem neuen Projekt können unter www.antifeminismus-melden.de frauenfeindliche Vorfälle direkt gemeldet werden. Zusätzlich wird ein eigenes Monitoring zu Antifeminismus auf den wichtigsten Social Media-Plattformen durchgeführt. Der Fokus liegt dabei auf den Betroffenen, der Art der Vorfälle, ihrer Einordnung und der Entwicklung von Präventions- und Interventionsstrategien – nicht auf den Tätern. Nichtsdestotrotz erlebte die Stiftung zu Projektbeginn eine außerordentliche Welle an Desinformation und Verunglimpfung der Meldestelle als Aufruf zur „Denunziation“. Dies wird die künftige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit aufzuklären wissen; die Ergebnisse des bundesweiten Monitorings werden in einem regelmäßigen Lagebild veröffentlicht.

Der Aufbau für ein Monitoring zu Antifeminismus ist von Dreilinden GgmbH gefördert worden. Die Meldestelle ist Teil des Verbundprojekts „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“ der Amadeu Antonio Stiftung, des Gunda Werner Instituts und Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. und wird vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Neben diesen beiden Schwerpunkten lieferte der Fachbereich weiter kontinuierlich Expertisen zu zentralen Aspekten von Rechtsextremismus und Antifeminismus, bildete im Rahmen des **Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention** bundesweit Multiplikator*innen aus, beriet NGOs, Verbände, Gewerkschaften, Gedenkstätten und Politiker*innen, erstellte

Beratungsleitfäden für Kommunen, befasste sich aus aktuellem Anlass mit „rechter Esoterik“ und führte eine Studie zum Stand geschlechterreflektierender Rechtsextremismusprävention durch. Im Herbst führte er eine Vernetzungsveranstaltung in der Region Lüneburg/Uelzen zu Rechtsextremismus im ländlichen Raum durch. Das Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention wird vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert und von der Freudenberg Stiftung im Rahmen einer institutionellen Förderung der Amadeu Antonio Stiftung kofinanziert.

Digitale Zivilgesellschaft

Online Hass ist in aller Munde, und doch gibt es Sparten, über die – trotz ihrer Reichweite – dabei nicht gesprochen wird. Eine davon ist der Bereich Gaming. Jugendliche verbringen, insbesondere seit der Corona-Pandemie, immer mehr Zeit mit Gaming und in den entsprechenden Onlineforen. Die Sensibilisierung für Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit steht in diesen Plattformen jedoch noch ganz am Anfang und ist entsprechend kontrovers. Auch die Politik hat sich nicht an die Auseinandersetzung mit der Gaming Szene herangetraut; deswegen ist der Bereich bislang vom NetzDG ausgenommen. Die Stiftung versucht daher, bei den Diskussionen um die Weiterentwicklung der Bundesprogramme auch Gaming-Foren als Orte für Präventionsarbeit zu verankern. Das Stiftungsprojekt **Good Gaming – Well played Democracy** (gefördert durch die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung) nimmt dabei eine praktische Vorreiterrolle ein; es ist wohl eines der Projekte von „Demokratie leben!“ mit der größten Reichweite bei Jugendlichen. 2022 war das Projekt bei der re:publica und der Gamescom präsent, bei einer Kampagne auf Twitch sowie bei Events von Bundesligavereinen wie dem VfL Wolfsburg, die aktuell große eSports-Abteilungen aufbauen. Das Projekt hat die Publikation „Unverpixelter Hass“ veröffentlicht und gab zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen eine Handreichung zum Thema Gaming heraus.

Digitalpädagogische Angebote auf TikTok unterbreiten die Projekte **demo:create** (ehemals Demokratiktok), das mit einer Gruppe junger Creator*innen zum Thema demokratiefeindliche Inhalte und Hassrede arbeitet, Webinare und Fortbildungen für die interessierte Öffentlichkeit anbietet, sowie das über die Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Projekt **Visualising Democracy**, das mit Creator*innen zum Thema Desinformationen auf TikTok arbeitet und einen Newsletter für pädagogische Fachkräfte anbietet.

Währenddessen wächst das bundesweite Netzwerk an Trainer*innen gegen Hate Speech: In drei intensiven Schulungsgängen wurden im vom Bundesministerium der Justiz unterstützten Projekt **Firewall** 70 neue Trainer*innen ausgebildet, die in mehr als 100 Workshops über 3.000 junge Menschen, Lehr- und Fachkräfte erreichten.

Als neue Publikation in innovativem Format erschien 2022 der **Anti-Shitstorm-Kurs**: In einem achtteiligen E-Mail-Kurs des Projekts Civic.net, gefördert durch die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) erarbeiten die Teilnehmenden eine individuelle Strategie für Resilienz gegen rechtsextreme Hassangriffe. 250 Zuschauer*innen verfolgten den Talk dazu auf der re:publica 2022.

Im neuen Gewand gibt **Belltower.News** seit Ende 2022 wieder seinen Newsletter heraus. Nach Anmeldung unter <https://www.belltower.news/newsletter> kommen die Informationen

der Woche nun wieder jeden Freitag gebündelt ins E-Mail-Fach.

Wissenschaft-Praxis-Transfer 2022

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Es versteht sich als Think Tank mit bundesweiter Ausstrahlung für die Erforschung von Diskriminierung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Radikalisierung mit Blick auf ihre Entwicklungen, Ursachen und geeignete Gegenmaßnahmen. Das Institut dient als Plattform, um Erkenntnisse zu dokumentieren, zu übersetzen und Diskurse dazu weiterzuführen. Neben dem Erkenntnisgewinn ist der Transfer zentrales Ziel des IDZ. Im Besonderen adressiert es politische Entscheidungsträger*innen, zivilgesellschaftliche Akteure (v.a. Organisationen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen sowie Organisationen, die die Demokratie auf unterschiedliche Weise stärken), Wissenschaftler*innen, Journalist*innen sowie Mitarbeitende von Behörden (Justiz, Polizei, Sicherheit). Den Projekten, Publikationen und Veranstaltungen des IDZ ist stets die Überlegung vorangestellt, wer erreicht werden soll und mit welchen Mitteln (wie etwa leichter Sprache) dies gelingen kann. Dabei ist das Profil des IDZ als wissenschaftliche und forschende Einrichtung allen Überlegungen und Ausrichtungen stets immanent. Seit 2016 wird das IDZ gefördert durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

2022 gab das IDZ eine Reihe von Publikationen heraus, darunter Band 10 und 11 der **Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“** u.a. zu Gesellschaftlichem Zusammenhalt und Rassismus, IDZ-Kurzanalysen wie „Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende bei Twitter“ sowie den Bericht „Thüringer Zustände“ zur Situation von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Bundesland.

In Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen von der Universität Duisburg-Essen, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Leipzig führte das IDZ 2022 das Verbundprojekt „Forschungsfelderkundung und Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratiekompasses“ durch, in dem vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen für die demokratische Kultur die Potentiale und Bedarfe für einen deutschlandweiten repräsentativen „Demokratiekompas“ ausgelotet werden sollten. Das IDZ hatte hier die Koordination inne, Auftraggeber war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ).

Das IDZ ist zudem neben zehn weiteren Institutionen beteiligt am **Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)**, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Schwerpunkte des IDZ im Rahmen des FGZ sind der wechselseitige Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik und die

zielgruppenspezifische Dissemination der Befunde und Erkenntnisse.

Daneben werden am IDZ Projekte u.a. gefördert durch, die Europäische Union, das Bundesministerium des Innern und für Heimat, die Thüringische Staatskanzlei, die Freudenberg Stiftung, die Stadt Jena, die Alfred-Landecker Stiftung und den VBRG - Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (in Form eines Weiterleitungsvertrags von Mitteln des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben).

Transparenz: Unsere Community und Spenden im Jahr 2022

Die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung ist nur möglich durch die verlässliche Unterstützung ihrer Community: Spender*innen, Förderer, Projektpartner und Engagierte bundesweit, Leser*innen und Follower in den traditionellen und Sozialen Medien. Dies zeigt sich auch darin, dass die Aktivitäten der Stiftung zu einem erheblichen Teil aus Spenden getragen werden. Die gut 1,8 Millionen € Spenden im Jahr 2022 spiegeln die Aktualität und Präsenz der Themen der Amadeu Antonio Stiftung sowie die intensive Nutzung der Expertise ihrer Mitarbeiter*innen durch Fachkräfte, engagierte Bürger*innen, Initiativen und Institutionen aller Art.

Die Spendeneinnahmen der Amadeu Antonio Stiftung lassen sich drei Hauptquellen zuordnen:

- 1) Spenden für die Projektförderung, d.h. Gelder, die an Initiativen für Demokratiewerk vor Ort weitergegeben werden;
- 2) Spenden für die Betroffenenförderung, also Mittel, die ausschließlich über den Opferfonds CURA für Opfer rechter Gewalt, den SHEROES Fund oder den Hanau-Sonderfonds von der Amadeu Antonio Stiftung an die jeweiligen Betroffenen weitergegeben werden;
- 3) allgemeine Spenden, die nicht für einen bestimmten Zweck vorgesehen sind und daher flexibel dort eingesetzt werden können, wo gerade Ressourcen gebraucht werden.

Der Anteil der Zuwendungen für die Betroffenenförderung war auch 2022 hoch – und mit der deutlich gestiegenen Zahl der Fälle dringend notwendig –, was die Problemwahrnehmung und Solidarität mit den Betroffenen widerspiegelt. Dem gegenüber bleiben die Spendeneinkünfte für die Projektförderung weiterhin erheblich hinter den Ausgaben in diesem Bereich zurück. Hier fließt kontinuierlich ein beträchtlicher Teil der Spenden ohne Zweckbindung mit ein. Solche Spenden ohne Zweckbindung sind deshalb unverzichtbar. Sie sind aber auch grundsätzlich entscheidend für die Qualitätssicherung der Stiftungsarbeit. Denn diese Spenden sind es, die ihre Unabhängigkeit und Aktualität gewährleisten, da sie der Stiftung ermöglichen, Demokratieprojekte auch dort zu unterstützen, wo es (noch) keine andere Förderung gibt, sowie schnell und professionell auf neue Lagen und akute Probleme operativ zu reagieren. Das Profil und die Entwicklung der Amadeu Antonio Stiftung sind auf diese Weise besonders mit der Begleitung und Unterstützung durch ihre Spender*innen verbunden.

Die Amadeu Antonio Stiftung lässt ihre Einnahmen und Ausgaben wie jedes Jahr auch für 2022 durch eine befugte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Einhaltung aller Richtlinien für spendenbegünstigte und ein Spendengütesiegel tragende Organisationen prüfen. Der Bericht der Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzlei AGP GmbH zum Jahresabschluss 2022 wird im September 2023 vorgelegt.